

Minister sollen Windkraftpläne stoppen

BRIEFE Bürger will Sitzung der Stadtverordneten verhindern

NEU-ANSPACH (bu). Die Kaliber, die Gegner der Windkraftanlagen in Neu-Anspach vor der Entscheidung des Stadtparlamentes am Dienstag, 18. Februar, einsetzen, werden größer. Der Neu-Anspacher Personal- und Unternehmensberater Arnt Sandler, einer der Sprechler der Initiative Now, hat unter den Stichworten „Gefahr im Verzug“ in Briefen an Innenminister Peter Beuth, Finanzminister Schäfer, den Regierungspräsidenten, den Landrat, Bürgermeister Hoffmann und die Fraktionen ein „umgehendes Einschreiten der Kommunalaufsicht zur Abwendung schwerer Schäden und Risiken“ gefordert.

Es gehe um eine „kommunalrechtliche Problem- und Gefährdungslage“. Auf vier DIN-A4-Seiten listet Sandler angebliche Versäumnisse in den Verwaltungsabläufen und Genehmigungsverfahren auf, die nach seiner Meinung dazu führen müssen, dass die Stadtverordneten am Dienstag nicht über die Windkraft-Vorlage sprechen und entscheiden können.

„Wegen der besonderen Bedeutung der Sache und der Dringlichkeit bitte ich Sie daher sicherzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass die Stadtverordnetenversammlung keine Beschlüsse fasst.“

Sandler ist der Meinung, dass die Stadtverordnetenversammlung zunächst über den Gestattungsvertrag zwischen Stadt und Investor einen Beschluss zu fassen hat und überhaupt erst einmal Kenntnis vom vollständi-

gen Inhalt des Gestattungsvertrags bekommt.

Die Stadtverordneten könnten zudem keine Beschlüsse zur Vollständigkeit der Unterlagen fassen, da die Unterlagen noch nicht vollständig seien. Laut Sandler fehlen „Baugrundgutachten zu den fünf Standorten und ein Detail-Geländeschnitt für eine Sichtbarkeitsanalyse im Bereich des Weltberges Limes“. Schließlich dürfe das Regierungspräsidium Darmstadt „wegen der ungeklärten Wirksamkeit des Gestattungsvertrages und drohender finanzieller Nachteile der Stadt Neu-Anspach bis zur rechtskräftigen kommunalaufsichtsrechtlichen Aufklärung und Prüfung weder vorläufige noch endgültige Genehmigungen erteilen. Etwaige bisher gefasste rechtswidrige Beschlüsse von Gremien der Stadt Neu-Anspach im Zusammenhang mit dem Windpark“ müssten aufgehoben werden.

„Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Minister Beuth, daher persönlich um Gewährleistung der Prüfung der Akten und der Sach- und Rechtslage dahingehend, ob die Stadtverordnetenversammlung dem Gestattungsvertrag hätte zustimmen müssen, ob der Gestattungsvertrag überhaupt wirksam ist und ob die Stadtverordnetenversammlung auf der Basis überhaupt eine pflicht- und rechtmäßige Entscheidung treffen kann. Schließlich bemängelt der Neu-Anspacher die Rückbaubürgschaft und „sonstige auch zukünftig werthaltige Absicherungen der Stadt.“

U. D. :

15.02.2014

Diskussion über Vorrangflächen

REGIONALVERBAND Beteiligung von Institutionen und Bürgern beginnt am 24. Februar

NEU-ANSPACH (bu). Wie der Planungsverband FrankfurtRheinMain mitteilt, beginnt am 24. Februar die Phase der ersten Beteiligung zur Findung von Vorrangflächen für Wind-

energieanlagen in Südhessen. Die Vertreter des Verbandes wollen am Donnerstag in einer Pressekonferenz in Frankfurt darüber informieren, „wie wir mit Behörden, Kommunen und na-

türlich den Bürgern in Kontakt treten, mit ihnen diskutieren und ihre Äußerungen verarbeiten wollen“. Von den fünf Neu-Anspacher Standorten war nur der Langhals im Entwurfsplan.